



URNER GEMEINDEVERBAND

Bildungs- und Kulturdirektion
z. H. Jeroen Ferwerda
Klausenstrasse 4
6460 Altdorf

Altdorf, 17. März 2021

Grundlagen zur Neukonzeption der Berufseinführung (BEF) von Volksschullehrpersonen in den Kantonen Uri, Schwyz und Glarus: Stellungnahme des Urner Gemeindeverbands

Geschätzte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. März 2021 orientierte die Bildungs- und Kulturdirektion – im Auftrag des Urner Erziehungsrates – die Schulbehörden der Volksschulen, die Vereinigung Schulleiterinnen und Schulleiter Uri (VSL) sowie der Verein Lehrerinnen und Lehrer (LUR) über das gestartete Vernehmlassungsverfahren bezüglich Neukonzeption der Berufseinführung (BEF) von Volksschullehrpersonen in den Kantonen Uri, Schwyz und Glarus. Der Urner Gemeindeverband wurde über das Vernehmlassungsverfahren per Mail orientiert. Es war denn auch Thema an der Vorstandssitzung des Urner Gemeindeverbands vom 25. März 2021.

Neukonzeptionierung ist zu unterstützen

Der Urner Gemeindeverband begrüsst das Bestreben der Kantone Uri, Schwyz und Glarus sowie der Lehrerschaft, den Lehrberuf so attraktiv wie möglich zu gestalten. Die Tatsache, dass viele Lehrpersonen bereits wenige Jahre nach ihrer Ausbildung wieder aus dem Beruf aussteigen, ist höchst unerfreulich. Leider müssen die Lehrpersonen immer höheren Ansprüchen gerecht werden, was eine enorme Belastung bedeuten kann. Eine intensivere Begleitung und Unterstützung der jungen Berufsleute könnten helfen. Die Neukonzeption der Berufseinführung (BEF) von Volksschullehrpersonen ist daher von Seiten des Gemeindeverbands zu unterstützen. Die Professionalisierung der Berufseinführung darf aber nicht das prioritäre Ziel haben, neue Angebote und zusätzliche Stellenprozente an der Pädagogische Hochschule Schwyz zu generieren.

Zusätzliche Kosten für die Gemeinden

Der Bericht „Grundlagen zur Neukonzeption der Berufseinführung (BEF) von Volksschullehrpersonen in den Kantonen Schwyz, Glarus und Uri“ zeigt Modelle und Szenarien auf, wie die Neukonzeption der Berufseinführung finanziert werden soll. Bei den für den Kanton Uri errechneten Szenarien müssen die Gemeinden als Schulträgerinnen im Kanton Uri mit neuen Kosten von schätzungsweise 2500 bis 3700 Franken pro Lehrperson in der Einführungsphase rechnen. Die Kosten für die Stellvertretungen können aber je nach Dienstalter und Stufe stark variieren. Der Urner Gemeindeverband ist nicht damit einverstanden, dass die Neukonzeption neue Kosten für die Gemeinden zur Folge haben.

Das Vorgehen der Bildungsdirektion befremdet

Die Bildungs- und Kulturdirektion respektive der Erziehungsrat des Kantons Uri hat zur Vernehmlassung die Schulräte und Kreisschulräte der Volksschule, die Vereinigung Schulleiterinnen und Schulleiter Uri (VSL) sowie der Verein Lehrerinnen und Lehrer (LUR) eingeladen. Der Urner Gemeindeverband wurde über das Vernehmlassungsverfahren lediglich orientiert. Die Gemeinden wurden hingegen mit den Vernehmlassungsunterlagen nicht einmal bedient. Das ist äusserst befremdlich. Schliesslich sind die Gemeinden als Schulträgerinnen jene Institutionen, welche die Mehrkosten der Neukonzeption mitzufinanzieren haben. Dass die jährlichen Mehrkosten pro Junglehrperson sich auf tiefem Niveau bewegen, tut dabei nichts zur Sache. Es geht dabei um das Prinzip: Wer bezahlt, soll mitreden können!

Gemeindeverband fordert Miteinbeziehung der Gemeinden

Der Urner Gemeindeverband fordert die Bildungs- und Kulturdirektion auf, die Gemeinden ebenfalls ins Vernehmlassungsverfahren miteinzubeziehen und schnellstmöglich mit den Unterlagen zu bedienen. Um den Gemeinden genügend Zeit einzuräumen, ist weiter die Frist zur Einreichung der Vernehmlassungsantworten, um mindestens einen Monat zu verlängern.

Mit freundlichen Grüssen

Elias Bricker,
Geschäftsstellenleiter Urner Gemeindeverband

Beilage:

- Ausgefüllter Fragebogen

Kopie geht an:

- Regierungsrat Beat Jörg
- Erziehungsrat des Kantons Uri
- sämtliche Urner Gemeinden